



Protokollauszug
zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND
UMWELT

am Donnerstag, 12.05.2016, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Verwaltungsgebäude Wilhelmstraße 1 - 9
4. Bauabschnitt - Vergabe der Dachdecker- und
Flaschnerarbeiten

Vorl.Nr. 124/16

Beschluss:

Folgender Vergabe für das Verwaltungsgebäude Wilhelmstraße 1 – 9 wird zugestimmt:

	Gewerk	Firma	Verfügte Summe inkl. 19 % MwSt. (Auftragssumme + 15 %)
1.	Dachdecker- und Flaschnerarbeiten	Fa. Zorbauer Dachdecker GmbH, Am Sportplatz 12 06686 Lützen OT Gerstewitz	150.000,- EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

BM **IIk** verweist auf die Vorlage.

Stadträtin **Dr. Knoß** möchte wissen, warum die Namen des zweiten und dritten Bieters auf der Vorlage nicht genannt werden.

BM **IIk** erklärt, dass die Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) der Verwaltung mitgeteilt habe, dass bei der Vergabe von Leistungen im Hoch- und Tiefbaubereich aus diversen Gründen, beispielsweise aus Gründen des Konkurrentenschutzes, lediglich der Name des erstplatzierten Bieters öffentlich genannt werden dürfe. Die weitere Reihenfolge dürfe in der Öffentlichkeit nur anonymisiert dargestellt werden. Die Mitglieder des Gemeinderates hätten selbstverständlich das Recht, alle Bieter namentlich zu erfahren, jedoch in nicht öffentlicher Sitzung.

Stadtrat **Noz** beantragt mündlich eine ergänzende nicht öffentliche Vorlage mit den Namen aller Bieter.

Verwaltung und Ausschussmitglieder einigen sich abschließend darauf, dass künftig öffentlichen Beratungsvorlagen, die Vergaben behandeln, ein separater nicht öffentlicher Anhang mit den Namen und die Platzierung aller Bieter beigefügt werde. Dieser Anhang soll ausschließlich an die Mitglieder des Gemeinderats versandt werden, aber nicht an die Presse.

Für die heutigen Vergaben im Hochbaubereich kündigt Herr **Weißer** (Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft) den Versand einer nicht öffentlichen Informationsvorlage an.

Beschluss:

Folgender Vergabe von Bauleistungen für die Sanierung des Alten Schulhauses in Poppenweiler wird zugestimmt.

Gewerk	Firma	Verfügte Summe Inklusive 19% MwSt. Auftragssumme + ca. 15%
Metallbau- und Schlosserarbeiten		153.000,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

BM **IIk** verweist auf die Vorl.Nr. 047/16 und stellt diese sofort zur Abstimmung, weil kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden.

Beschluss:

Die Daimlerstraße wird entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen sowie des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 320.000,-Euro werden genehmigt.

Vergabebeschluss

Die Firma Wilhelm Hubele GmbH erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 12.04.2016 den Auftrag zur Durchführung der Sanierung der Daimlerstraße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	299.440,36 Euro
+ Unvorhergesehenes ca. 6,86 %	<u>20.559,64 Euro</u>
Vergabesumme	<u>320.000,00 Euro</u>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

BM **III** verweist auf die Vorl.Nr. 136/16 und stellt diese sofort zur Abstimmung, weil kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden.

Beschluss:

Die Göppinger Straße wird entsprechend dem Sanierungsvorschlag des Fachbereiches Tiefbau und Grünflächen sowie des Fachbereiches Stadtplanung und Vermessung instandgesetzt.

Die Gesamtkosten in Höhe von 140.000,- Euro werden genehmigt.

Vergabeabschluss

Die Firma Wilhelm Hubele GmbH erhält auf der Grundlage des Angebotes vom 12.04.2016 den Auftrag zur Durchführung der Sanierung der Göppinger Straße.

Die Vergabesumme beträgt:

Auftragssumme	127.431,52 Euro
+ Unvorhergesehenes ca. 9,86 %	<u>12.568,48 Euro</u>
Vergabesumme	<u>140.000,00 Euro</u>

Bei Kostenüberschreitung wird das Gremium dann informiert, wenn die Kosten um mehr als 10 % überschritten werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Gericke
Stadtrat Seybold

Beratungsverlauf:

BM **III** verweist auf die Vorl.Nr. 137/16 und stellt diese sofort zur Abstimmung, weil kein Sachvortrag und keine Aussprache gewünscht werden.

Abweichender Beschluss:

- 1) Das Parkraumkonzept Ludwigsburg Weststadt ist bis auf weiteres zurückzustellen.
- 2) Ein Parkraumkonzept Südstadt sollte vorab beauftragt werden.

Abstimmungsergebnis:

Im Laufe der Beratung bringt die Fraktion der Freien Wähler folgenden Antrag zur Vorlage 146/16 ein:

- 1) *Das Parkraumkonzept Ludwigsburg Weststadt ist bis auf weiteres zurückzustellen.*
- 2) *Ein Parkraumkonzept Südstadt sollte vorab beauftragt werden.*
- 3) *Für die Beauftragung eines Ingenieurbüros ist bei gleichwertigen Angeboten ein Ludwigsburger Büro vorzuziehen. Dies sollte grundsätzlich bei allen Angeboten von Ludwigsburger Unternehmen gelten.*

Über Punkte dieses Antrags wird einzeln abgestimmt. Die Abstimmung erfolgt offen.

Ziffer 1 und 2 werden zusammengefasst. Die Abstimmung ergibt 8 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen. Somit werden diese beiden Punkte mehrheitlich angenommen.

Das Abstimmungsergebnis macht nach Ansicht von BM **Ilk** eine Abstimmung über Ziffer 3 des Antrags überflüssig, weil die von den Ingenieurbüros abgegebenen Angebote sich auf den Bereich Weststadt und nördliche Innenstadt/Untere Stadt beschränken.

Eine Abstimmung über die Beschlussvorlage 146/16 erfolgt nicht.

Beratungsverlauf:

Herr **Kurt** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) erläutert den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist. Anschließend eröffnet BM **Ilk** die Aussprache.

Stadtrat **T. Lutz** sagt, das zu untersuchende Gebiet habe sich im Vergleich zur Grundsatzentscheidung vom 23.07.2015 vergrößert. Deshalb wäre aus seiner Sicht eine fraktionsinterne Abstimmung vor der weiteren Beratung notwendig. Die Mitglieder der CDU-Fraktion sind nach Aussage von Stadtrat T. Lutz geteilter Meinung beim vorliegenden Sachverhalt. Stadtrat T. Lutz bittet zudem um eine Erklärung zu folgende Aussage aus der Vorlage 146/16: *„Da mögliche Ausdehnungen des Untersuchungsbereichs, vertiefende Detailerhebungen und ggf. sinnvolle Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit wie z.B. aktualisierte oder neue Parkraumflyer derzeit nicht abschätzbar sind, wird eine Erhöhung der Verfügungssumme um ca. 25% empfohlen“*. Er fragt auch, ob die durch die Untersuchung ermittelten Erkenntnisse anschließend definitiv in die Praxis gesetzt werden können.

Stadträtin **Dr. Knoß** sieht die Notwendigkeit zur Erstellung eines Parkraumkonzepts in der Weststadt. Dort habe sich die Situation verschärft, weil viele Pendler ihre Fahrzeuge abstellen. Stadträtin Dr. Knoß nimmt insbesondere Bezug auf die Schlachthofstraße, die sie als einen

wichtigen Zubringer zum Bahnhof bezeichnet. Diese Straße sei ständig zugeparkt mit dem Ergebnis, dass Fußgänger und Radfahrer kaum durchkommen können. Eine mögliche Erweiterung sei in diesem Fall indiziert, um Abhilfe zur problematischen Situation zu schaffen. Auch die Busse würden in diesem Bereich besser vorankommen, wenn nicht rechts und links der Straße so viele Fahrzeuge parken würden. Nach Ansicht von Stadträtin Dr. Knoß sollte das beauftragte Ingenieurbüro zusätzlich die Möglichkeit von Quartiersgaragen untersuchen, weil viele Häuser in der Gegend keine Parkmöglichkeiten haben. Auch in der Innenstadt sieht sie die Notwendigkeit eines Parkraumkonzepts.

Stadträtin **Liepins** äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zur geplanten Untersuchung. Diese sollte von Bürgerbefragungen, und zwar zu unterschiedlichen Zeiten, begleitet werden, um ein genaueres Bild der Situation vor Augen zu führen.

Laut Stadtrat **Rothacker** bewertet die Freie Wähler-Fraktion die Situation anders als dargestellt. Sie sieht größere Dringlichkeit bei der Erstellung eines Parkraumkonzepts für die Südstadt. Zudem sollte nach ihrer Auffassung ein Ludwigsburger Ingenieurbüro bei gleichwertigen Angeboten beauftragt werden. Stadtrat Rothacker reicht einen schriftlichen Antrag der Freien Wähler zur Vorlage 146/16 an.

Stadträtin **Burkhardt** überlässt die Beauftragung des Ingenieurbüros der Ermessung der Verwaltung. Das Thema Bürgerbefragung erachtet sie bei diesem Sachverhalt für unerlässlich. Sie bittet, über die einzelnen Punkte des Antrags der Freien Wähler getrennt abzustimmen, denn auch sie sieht es als notwendig an, ein Parkraumkonzept für die Südstadt zu erstellen. Die Erstellung eines Parkraumkonzepts für die Weststadt und die nördliche Innenstadt begrüßt sie ausdrücklich, wegen der dort vorherrschenden Parkprobleme. Stadträtin Burkhardt hält es für sehr sinnvoll, bei der Untersuchung auch zu prüfen, auf welche Flächen Quartiersgaragen errichtet werden könnten.

Stadtrat **Lettrari** rät zu einer Ausweitung des Parkraumkonzepts in der Oststadt und begrüßt die Erstellung eines Parkraumkonzepts für die Weststadt.

Stadtrat **Noz** hält ein Parkraumkonzept für die Weststadt nicht für dringend notwendig. Wichtiger wäre ein solches für die nördliche Innenstadt zu erstellen, aber auch für die Südstadt, weil dort wegen der Firma Wüstenrot großer Parkdruck entstehe. Wenn über die Punkte des Antrags der Freien Wähler getrennt abgestimmt werde, dann könnte Stadtrat Noz Punkt 3, der die Beauftragung eines Ludwigsburger Ingenieurbüros bei gleichwertigen Angeboten fordert, unterstützen. Er vertritt zudem die Meinung, dass bei Neubaugebieten keine Quartiersgaragen notwendig wären, wenn es zwei Parkplätze pro Wohneinheiten geben würde. Stadtrat Noz kann die Vorlage 146/16 so nicht zustimmen. Sollte jedoch getrennt über ein Parkraumkonzept für die nördliche Innenstadt und die Weststadt abgestimmt werden, könnte er für die Innenstadt zustimmen.

Herr **Kurt** versteht nicht, warum die Erstellung eines Parkraumkonzepts für die Weststadt auf solcher Skepsis in der heutigen Sitzung stößt. In der Sitzung vom 23.07.2015 wurde mehrheitlich bei einer Gegenstimme beschlossen, dieses Konzept für die Weststadt zu erstellen. Die Verwaltung habe lediglich den erhaltenen Auftrag des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt in die Tat umsetzen wollen. Zu den Angeboten der Ingenieurbüros sagt Herr Kurt, die Verwaltung habe die eingegangenen Angebote auf einen solchen Stand gebracht, dass sie vergleichbar sind. Die vorgenommene und in der Präsentation dargestellte Bewertung sei eine fachlich-sachliche. Eine politische Entscheidung über die Beauftragung eines bestimmten Unternehmens obliege

ausschließlich dem Ausschuss. In diesem Fall würde die Verwaltung dem gefassten Beschluss folgen. Zu der angesprochenen Ausdehnung des Untersuchungsgebiets sagt Herr Kurt, der Ausschuss habe diese als notwendig im Innenstadtbereich angesehen. Die Verwaltung teile diese Ansicht. Die 25% mehr Ressourcen seien ein Erfahrungswert, der sich aus dem Parkraumkonzept Oststadt ergebe. Die Bürgerbeteiligung werde mit Sicherheit mehr Zeit und Ressourcen als die Verwaltung vorsehe in Anspruch nehmen. Deshalb wurde dieser Punkt voreingebaut. Andernfalls müssen die Leistungen, die zusätzlich erbracht wurden, erneut vor dem Gremium beraten werden. Zur vorgeschlagenen Ausweitung des Parkraumkonzepts in der Oststadt bemerkt Herr Kurt, die Verwaltung werde sofort reagieren, sobald sie belegbare Hinweise bekommt, dass dort Parksuchverkehr verdrängt werde. Man werde die Situation genau beobachten und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen vorschlagen.

Zu weiteren Anregungen aus der Mitte des Ausschusses nimmt Herr **Kurt** wie folgt Stellung: Die Anregungen von Stadträtin **Dr. Knoß** bezüglich der Schlachthofstraße haben nur indirekt etwas mit dem Parkraumkonzept zu tun, die Verwaltung nehme jedoch diese mit zur weiteren Prüfung. Auch einen Auftrag zur prioritären Beauftragung eines Parkraumkonzepts für die Südstadt würde die Verwaltung gerne annehmen. Laut Aussage von Herrn Kurt sollte jedoch klar sein, dass nicht alle drei Gebiete (Weststadt, Südstadt und nördliche Innenstadt) zeitgleich beauftragt werden können. Deshalb sollte der Ausschuss hier eine verbindliche Priorität bestimmen. Wenn in der heutigen Sitzung die Entscheidung für ein konkretes Ingenieurbüro fallen würde, könnte noch vor der Sommerpause mit der Erhebung der Daten begonnen werden. Dann würden die ersten Ergebnisse im September vorliegen und die Maßnahme fortgesetzt werden. Herr Kurt versichert, dass die Verwaltung die Anregung zu den Quartiersgaragen zur weiteren Prüfung mitnehmen werde.

BM **Ilk** sieht auch die Notwendigkeit zur Erstellung eines Parkraumkonzepts für die Südstadt. Er appelliert jedoch an die Ausschussmitglieder, so zu beginnen, wie bereits im Juni letzten Jahres beschlossen wurde. Das Parkraumkonzept für die Südstadt könnte anschließend folgen.

Stadtrat **Remmele** bemerkt bei dieser Gelegenheit, dass Mitarbeiter innerstädtischer Betriebe zunehmend Schwierigkeiten haben, einen arbeitsnahen Stellplatz für ihr Auto zu finden.

Stadträtin **Burkhardt** äußert Ihre Zustimmung zum Vorhaben der Verwaltung, ein Fachbüro mit der Erstellung eines Parkraumkonzepts unter Bürgerbeteiligung zu beauftragen. Sie plädiert dafür, bei der Beauftragung des Parkraumkonzepts die Reihenfolge so zu belassen, wie es die Verwaltung vorgeschlagen habe.

Stadträtin **Liepins** fragt, ob über den Antrag der Freien Wähler abgestimmt werden könne, da er nicht allen Mitgliedern des Ausschusses vorliege.

Stadträtin **Dr. Knoß** möchte wissen, ob bei der Erhebung der Daten auch geprüft werde, in wie weit es möglich sei einen Stellplatz oder eine Garage in der Weststadt zu mieten.

Nach der Aussprache stellt BM **Ilk** den Antrag der Freien Wähler-Fraktion zur Abstimmung.

Nach der Abstimmung fragt Stadtrat **Gericke**, wie lange die Verwaltung benötigen werde bis sie ein ähnliches Angebot für die Südstadt zur Entscheidung vorlegen kann. BM **Ilk** antwortet, dies werde erst nach den Sommerferien der Fall sein.

Stadträtin **Liepins** kündigt einen interfraktionellen Antrag zur Beratung des Parkraumkonzepts im

Rahmen einer Gemeinderatssitzung an.

TOP 6

Bebauungsplan "Kleingärten Römerhügel" Nr.
026/05
- Durchführung einer Grabung zur Sicherstellung
der archäologischen Funde

Vorl.Nr. 155/16

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird ermächtigt, eine Grabung zur Sicherstellung der archäologischen Funde bis zu einer Höhe von 200.000 Euro durchzuführen bzw. durchführen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Frau **Schmidtgen** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) stellt den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigefügt ist, dar.

Stadträtin **Dr. Knoß** ist der Meinung, dass die Summe für die Grabung zur Sicherstellung von archäologischen Funden zu hoch sei. Für sie wäre es eine denkbare Option, die Parzellen auf dem Gelände der ehemaligen Frommannkaserne nicht umzunutzen. Stadträtin Dr. Knoß schlägt eine Brücke zum Klimaschutzkonzept, das in der gestrigen Sitzung des Gemeinderats beraten wurde. Es wurde dabei gesagt, dass die klimatischen Bedingungen in der Weststadt nicht optimal seien und es zu wenig Grün gebe. Es wäre demnach sinnvoll zu überlegen, ob sich eventuell die Frischluftzufuhr für die gesamte Stadt erschweren würde, wenn die Kleingartenanlage auf dem Gelände der ehemaligen Frommannkaserne einem Gewerbegebiet weicht. Hinzu komme auch die Lärmproblematik. Stadträtin Dr. Knoß plädiert dafür, die Themen Lärm und Frischluftzufuhr begutachten zu lassen bevor man in diesem Bereich ein Gewerbegebiet errichtet.

Im Namen der SPD-Fraktion stimmt Stadträtin **Liepins** dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat **Rothacker** äußert die Zustimmung der Freien Wähler zum Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Stadträtin **Burkhardt** erinnert an ihren bereits gestellten Antrag, den Mitgliedern des Gemeinderats die Frischluftschneisen in Ludwigsburg schriftlich darzustellen. In diesem Bereich, in dem sich die Kleingartenanlage aktuell noch befinde, gebe es viele Hangabwinde, die eine Quelle für die Frischluftschneisen in die Stadt hinein seien. Die Kleingartenanlage zu Gunsten einer massiven Bebauung zu verlegen ohne die genauen klimatischen Verhältnisse in diesem Bereich zu kennen hält sie für problematisch. Stadträtin Burkhardt kündigt an, für den Beschlussvorschlag zuzustimmen. Dies soll jedoch nicht als Zustimmung zur Verlegung der Kleingartenanlage verstanden werden.

Herr **Kurt** versichert, dass der Klimaschutz auch bei der Gewerbeflächenentwicklung sehr ernst genommen werde. Im vorliegenden Fall in der Weststadt sei das Gesamtkonzept so angelegt, dass Freiluftschneisen frei gehalten werden.

Beschluss:

Beauftragung weiterer Ingenieurleistungen

Zur Vorbereitung eines Entwurfs- und Baubeschlusses beauftragt der BTU die Stadtverwaltung, die Entwurfsplanung des südöstlichen Teils des Sportparks Ost auszuarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Veselaj** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) und Herr **Dahler** (Fachbereich Sport und Gesundheit) erläutern den Sachverhalt anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist.

Stadtrat **Noz** äußert die Zustimmung der CDU-Fraktion zum Beschlussvorschlag und regt gleichzeitig an, die Fläche für die Waiblinger Straße freizuhalten und bei der weiteren Planung des Gebiets auch die Anzahl der Stellplätze beim HCL mit zu berücksichtigen.

Für die Fraktion der Grünen stellt Stadtrat **Gericke** mündlich den Antrag, bei der weiteren Planung den Lärmschutz zur Friedrichstraße hin durch eine Begrünung vorzusehen. Ebenso soll als weitere Planungsalternative der Sportplatz gedreht und der Spielplatz nordöstlich des Sportplatzes platziert werden. Stadtrat Gericke spricht vom Dreiklang zwischen Sport, Wohnen und Grünflächen im Entwicklungsbereich Ost und Oßweil. Es sei wichtig, dass alle Komponenten in Zusammenhang und enger Abstimmung zu einander geplant werden. Nach Ansicht der Fraktion müsse der Grünbereich Landschaftspark als Zäsur zwischen der Oststadt und Oßweil gedacht werden. Zudem vertrauen die Grünen auf die frühere Aussage der Verwaltung, dass im Bereich des HCL keine weitere Erschließung und Parkierung notwendig sei. Die Fraktion stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat **Juranek** äußert die Zustimmung der SPD-Fraktion zum Beschlussvorschlag, aber auch deren Bedenken zu bestimmten Aspekten der Planung. Nach seiner Aussage seien die Flächen dicht belegt mit Spielstätten. Deshalb sei es wichtig, die Grünflächen zwischen ihnen zu stärken. Bedenken äußern er und die Fraktion darüber, ob die Anzahl der Stellplätze ausreichen werde. Auch die Lage der Stellplätze werde als problematisch erachtet. Ein möglicher Flächentausch sollte deshalb bei der weiteren Planung mit untersucht werden. Die aktuelle Erschließung der betroffenen Fläche sieht Stadtrat Juranek als ungenügend an. Die SPD-Fraktion denkt, dass künftig ein Linksabbiegen von der Friedrichstraße in die Brünnerstraße hinein notwendig sein werde, um den Umwegverkehr zu vermeiden und Verkehrswege zu verkürzen. Dieser Aspekt sollte ebenfalls bei der weiteren Planung mitgedacht werden.

Stadtrat **Rothacker** bringt die Zustimmung der Freien Wähler-Fraktion zum Ausdruck. Die Fraktion möchte, dass im Bereich der Waiblinger Straße eine Fläche für künftige Entwicklungen frei gehalten werde.

Nach Ansicht von Stadträtin **Burkhardt** müsse bei einem so großen Baugebiet, welches Wohnen, Freizeit und Sport in sich vereinen soll, zunächst die Verkehrserschließung geklärt werden.

Die Verwaltung sollte verbindlich kommunizieren, ob der Bereich in der Waiblinger Straße künftig gebaut werde oder nicht. Darüber hinaus sei der Entwicklungsbereich Ost und Oßweil laut Freiflächenentwicklungskonzept nur bedingt für bauliche Maßnahmen geeignet. Sollten Bauprojekte dort realisiert werden, müssten auch umfangreiche Maßnahmen zur Grün- und Freiflächenplanung erfolgen. Stadträtin Burkhardt stellt klar, dass sie der Planung für den Entwicklungsbereich Ost und Oßweil nur zustimmen würde, wenn der Grünanteil entsprechend groß wäre. Die Schaffung von Grünflächen werden jedoch nach Ansicht von Stadträtin Burkhardt dadurch erschwert, dass Vorentscheidungen in Salomitaktik getroffen werden. Diese zwingen das Gremium zu weitere Entscheidungen, die nicht immer gewollt seien. Stadträtin Burkhardt stimmt der Vorlage 103/16 nicht zu.

Stadtrat **Lettrari** bezeichnet die Planung als gelungen und das Projekt als zukunftsfruchtig. Er ist der Meinung, dass der Bereich Waiblinger Straße für die Verwirklichung künftiger Maßnahmen gebraucht werde. Stadtrat Lettrari stimmt dem Beschlussvorschlag zu.

Nach der Abstimmung fragt Stadtrat **Gericke**, ob die Verwaltung dem Gremium für den Teilbereich II eine einzige oder mehrere Varianten vorlegen werde. Herr **Kurt** teilt mit, dass die Verwaltung eine umfangreiche Einbringung im Juli plane. Dem Gremium sollen dabei eine Verkehrsuntersuchung zur Waiblinger Straße, die dazugehörigen Bauflächen mit allen Alternativen und der Planungsprozess bis dahin mit allen abgearbeiteten Themen (Klimaschutz, Lärmschutz, Grünflächen) vorgestellt werden.

Stadtrat **Remmele** regt einen Kreisverkehr im Bereich Friedrichstraße/Brünnerstraße an.

Herr **Kurt** erklärt, dass man sich in diesem Bereich außer Orts befinde und es dabei um eine Landesstraße handle, die in der Zuständigkeit des Regierungspräsidiums liege. Er äußert sich jedoch optimistisch, dass die Stadtverwaltung als Straßenbauträger eine Erschließung auf Ludwigsburger Gemarkung hin bekommen werde.